





# Rohbach packt aus!

## Schwere Belastung schlesischer Regierungsstellen

Stettin, 25. April.

Im Rosenfelder Memorandumprozeß sagte gestern Major a. D. von Radow, der von 1919 bis 1924 als landwirtschaftlicher Beamter tätig war, und im Herbst 1920 die Freileitung des Freikorps Rohbach im Kreis Pryz übernommen hatte, aus, daß für die Waffenerhaltung allein die Rohbachleute in Frage gekommen seien. Die Gutsarbeiter seien der Waffenunterbringung feindselig gesinnt gewesen.

Auf Erfragen des Vorsitzenden gab Oberleutnant a. D. Rohbach einen Überblick über die Entstehung seines Verbandes. Rohbach ging vom Rapp-Quatsch aus und führte den damals gegebenen Befehl,

daß bewaffnete Arbeiter kurzweilend zu erschließen seien, an. General von Pawellj entgegnete hierauf, daß dieser Befehl nicht von einer Reichswehrstelle, sondern von dem General von Lettow-Vorbeck, der auf der anderen Seite gestanden habe, in jenen Tagen gegeben worden sei.

Rohbach kam sodann auf die Beteiligung seiner Truppe bei Wiederwerfung des Ruhraufstandes zu sprechen. Damals habe das Freikorps Rohbach

als Reichswehr-Jägerbataillon 37

gegolten. Rohbach betonte mit Nachdruck, daß er nach wie vor für alle Handlungen seiner Leute die Verantwortung übernehme. Für Befehle, die aber von dritter Seite gegeben worden seien, müßten andere die Verantwortung tragen.

Für die Aufstellung der ober-schlesischen Spezialpolizei habe Dr. Spieler von der Regierung gewinkt. In Gegenwart von Dr. Spieler sei im Staatskommissariat von Berlin sogar ein besonderer Fall besprochen worden. Auf Vorhaltungen der Verteidigung erklärte Hauenstein, daß er bei allen Handlungen der Meinung gewesen sei, er habe im amtlichen Auftrag gehandelt. Der Verteidiger Dr. Hock hielt darauf die von ihm beantragte Ladung und Vernehmung des Generals von Seede, des damaligen Staatskommissars Spieler, des Breslauer Polizeipräsidenten Ernst und des Kommissars Reigel für dringend erforderlich. In seiner weiteren Vernehmung erklärte Hauenstein noch, daß sich bei den schriftlichen Unterlagen für die Erschießungen in Oberschlesien nur eigene Vernehmungsprotokolle und kriminalpolizeiliche Akten, aber keine gerichtlichen Akten befänden. Zur Abwehr des polnischen Auffandes seien auch aus anderen Provinzen geheime Waffen herbeigebracht worden.

Der Beweisantrag der Verteidigung behauptet, daß der Ministerialdirektor z. D. Spieler in Gemeinschaft mit dem Kriminalkommissar Hobus und Kriminalkommissar Reigel von der Berliner politischen Polizei ein Sonderpolizeiregiment organisiert hatte, die auf Befehl auch von Ministerialdirektor Spieler Tötungen von Verrätern vorgenommen habe.

Rohbachs Enthüllungen fielen dem General Pawellj herauf auf die Nerven, bevor er nun über die Pläne des Rohbachers ausfragte. Er behauptete: Im Juni 1920 sei im Quartier des Oberleutnants Rohbach in Sadow bei Greifenhagen ein Operationsplan beschlagnahmt worden. Die Urschrift befände sich bei der preussischen Staatsregierung. In diesem Operationsplan sei im Falle von Unruhen in Stettin der Vormarsch der Rohbachtruppen angeordnet gewesen. Für den Fall einer drohenden Haltung der Aufständischen sollten mehrere Räderführer verhaftet und still gestellt werden. Es habe sich hier also um die geplante Tötung politischer Gegner und somit um traffen politischen Mord gehandelt.

Die Enthüllungen Rohbachs bestätigen das, was wir seit Wochen behaupten: Der verstorbene sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer, sein Parteigenosse Eugen Ernst und der Zentrumsmann Spieler hatten Kenntnis von der Organisation zur Verhinderung

von angeblichen Verrätern. Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß sich jene Sonderpolizei, für die auch der verachtete Kriminalkommissar Hobus arbeitete, in der Classenstraße in Breslau ihr Büro unterhielt. Der infame Mord an drei Reichswehrsoldaten, die im Silesienortler Walde erschossen aufgefunden wurden — die Täter sind bis heute noch nicht ermittelt — fällt auf das Konto der Mörderorganisationen.

# Schlesische Textilunternehmer gegen Lohnerhöhung

Breslau, 23. April. — Gestern fanden in Breslau die Parteiverhandlungen für die schlesische Textilindustrie statt. Die Arbeitgeber lehnten jede Lohnerhöhung ab. Der Konflikt betrifft rund 80 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Einzelheiten über die gestrigen Verhandlungen sind noch nicht bekannt.

Die Mitgliedschaft des Textilarbeiterverbandes stellte bereits vor längerer Zeit die Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Pfennige. Diese Forderung wurde von den reformistischen Führern preisgegeben und auf der Gaulonferenz beschlossen, nur 12 Pfennige zu fordern. Das ist angesichts der Hungerlöhne eine mehr als bescheidene Forderung. Die Unternehmer verweisen auf den gegenwärtig schlechten Geschäftsgang und wollen keinerlei Zulage geben. Ueber die seltenen Millionenüberschüsse schweigen sie natürlich. Die Textilarbeiter werden wahrscheinlich nicht umhin können, den offenen Kampf aufzunehmen. Textilarbeiter, die ihr noch nicht organisiert sind, reißt hinein in den Textilarbeiter-Verband! Organisiert den Kampf um die Mindestforderung von 12 Pfennige!

## Schiedspruch im Danziger Buchdruckgewerbe

Danzig, 24. April. — Im Danziger Buchdruckgewerbe ist ein Schiedspruch gefällt worden, der eine Erhöhung des Wochenlohnes von 65 auf 68,75 Gulden vorsieht. Die Parteien haben sich bis Mittwoch über Annahme oder Ablehnung des Spruches zu entscheiden. Bei den Arbeitnehmern scheint im Augenblick noch wenig Neigung für eine Annahme des Schiedspruches zu bestehen. Einflußreiche geben die fünf bürgerlichen Danziger Zeitungen eine Notzeitung heraus.

## Streik in der Göttinger Metallindustrie

Göttingen, 24. April. — Infolge Lohnunterschieden sind die Belegschaften der optischen Werkstätten Winkel und des Aluminiumwerkes in den Streik getreten. Die U. meldet:

## Der 1. Mai gefeiert in Braunschweig

Braunschweig, 24. April. — Der Braunschweigische Landtag nahm heute in erster und zweiter Lesung die von der Regierung eingebrachte Vorlage, wonach der 1. Mai im Lande Braunschweig zum

Die nächste Wahlnummer der „Arbeiter-Zeitung“ setzt sich das Thema: Die Sozialdemokratie, die Partei des Arbeiterverrats. Bestellt schon heute!!

gefeierten Feiertag erklärt wird, an. Ob dafür der Freitag fallen muß, steht noch nicht fest.

Rein gefeierter Feiertag in Mecklenburg. U. Schwerin, 24. April. Im mecklenburgischen Landtag wurde heute in dritter Lesung der Gesetzesentwurf der Sozialdemokraten und Kommunisten, den 1. Mai zum gefeierten Feiertag zu erklären, mit 28 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Gegen das Gesetz stimmten sämtliche bürgerlichen Abgeordneten, einschließlich der Demokraten.

## 117 000 indische Spinnereiarbeiter streiken

Bombay, 24. April. Die Zahl der Streikenden beläuft sich jetzt auf etwa 117 000. Die Arbeit in den Spinnereien ist nunmehr fast völlig eingestellt.

## Die Vorbereitungen zum Start der „Bremen“

Bremen, 24. April. — Auf Greenly Island werden die letzten Vorbereitungen für den Start der „Bremen“ getroffen. Während einzelne Meldungen den Abflug der „Bremen“ bereits für heute vormittag voraussagen, sind andere Berichte weniger optimistisch und betonen, daß unter Umständen noch zwei bis drei Tage bis zum Start vergehen können.

Um einen Nichtangriffsvertrag zwischen Italien und der Türkei. U. London, 24. April. Wie aus Angora gemeldet wird, hatte der erst seit kurzer Zeit in Angora weilende italienische Botschafter Dr. Baroni bereits mehrere Besprechungen mit dem Außenminister, bei denen es sich, wie die türkische Presse behauptet, um den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den beiden Ländern gehandelt haben soll. Diese Berichte sind bisher von amtlicher Seite weder bestritten, noch bestätigt worden.

30 Todesopfer des Erdbebens in Korinth. U. London, 24. April. — Die von einer Besichtigung des Erdbebengebietes in und um Korinth nach Athen zurückgekehrten Mitglieder des griechischen Kabinetts erklären, daß das Ausmaß der Katastrophe größer ist, als bisher angenommen wurde. Der gesamte Schaden in Korinth beläuft sich schätzungsweise auf 18 Millionen Mark, der Gesamtschaden bei Unglücken auf etwa 50 Millionen Mark. Nach den letzten Berichten beläuft sich die Zahl der Toten auf 30 und die der Verletzten auf über 100. Doch befürchtet man noch zahlreiche Personen unter den Trümmern. Von den 5000 Häusern in Korinth sollen etwa nur noch 2 stehen, und diese zum großen Teil schwer beschädigt sein.

# PASSAGIERE DER III. KLASSE Roman von Kurt Kläber

Im Rehräumen wohnte die Jüdin. Sie war wie ein Sad auf ihren Augen zusammengesunken. Unformig wühlten sich ihre Schenkel nach oben, und ihr Gesicht sah im Schlaf noch breiter und runder aus. Nur der große Mund war zierlich zusammengezogen. Er wühlte sich spitz, und wenn sich die Luft aus der unformigen Brust nach oben drückte, wurde sie zwischen diesen gewölbten Lippen ein hoher, gellender Ton.

In allen Kabinen wurde nun geschlafen. Wenigstens hörte man keine Stimmen mehr, und außer dem Gauseln und Klaffen der menschlichen Zungen schütterte nur das Drehen der großen Schrauben und das Stampfen der Rollen durch das Schiff.

Der Steward mußte dreimal mit seiner großen Glocke in den Gängen läuten, bis sich die Männer rührten. Er rief zum Kaffee. Der Deutsche kam zuerst aus seiner Kabine. Er schüttelte sich in der Kälte wie ein Hund, kratzte mühsam nach oben und schüttelte sich oben weiter. Langsam kamen die anderen.

Der Kaffee war schon lauwarm, als er auf den Tisch kam. Es gab hartes, eingetrocknetes Zwieback, dazu eine rote, angefeuerte Marmelade. Der holländische Kapitän die Lippen, als er die Marmelade geloset hatte, kramte sich hoch, drehte um und ging wieder nach unten.

Der große Schotte knatterte an den harten Zwiebacken wie ein angestrichener Kater, er schüttelte seinen Kaffee dazu und machte ein Kasperes und harrtes Gesicht.

Nur der Krumme war still. Er verdrückte die Augen, sah die Französin an, die in ihrer getupelten Jade wie ein Fliegenpilz neben dem Kaffee saß und öffnete den Mund, um ihr etwas zu sagen. Er wußte aber nicht recht was.

Die Französin lächelte ihn an, gluckte wie eine Heuse, um ihm zu helfen, dem Krummen lauter oder die Worte nicht aus den Zähnen, und so schloß er den Mund lauter wieder, drückte angepörrt nach, bis er auf die Seite kam, mitgeschlafen.

Die Tischgängerin schlief. Sie hatte einen grauen Schal um-

gebunden, so daß man von ihrem Gesicht nur die großen Augen sah. Sie knigte wieder, bevor sie sich auf den großen Stuhl setzte, und schlug heimlich ein Kreuz. Sie war besonders heilig.

Die Jüdin schlang wie zum Witzgeffen. Zwischen ihren malenden Beinen zerbrach das harte Gebäck, als wäre es in eine Mühle geraten. Der Lange sah ihr heimlich zu, schielte auf ihre sich wölbenden Brüste und machte seine kleinen Augen.

In der Mitte des Tisches war es lauter. Der Gedulte knurrte über den Zwieback. „Pfui!“ sagte er und spie ein Stück wieder auf seinen Teller. „Solche harte Knochen gibt man keinem Hund!“

Der Korrekte rief ihn in die Seite. „Dern!“ rief er und sah ihn anstarrend an.

Der Gedulte wurde aber nur wütender. Er wühlte sein Messer, daß er mit Marmelade zum Munde geführt hatte, auf den Tisch und sprang auf. „Gentlemen!“ schrie er, „ich bin zwölf Jahre zwischen San Francisco und New York hin- und hergelaufen, ich bin aber nie so schlecht bedient worden wie hier!“

Der Amerikaner sah den Schreienden erkannt an. Auch der Däne und der Belgier drehten sich zu ihm hin. Als aber niemand auf seine Rede antwortete, zog der Gedulte seinen angeschwellten Körper zurück, wühlte verächtlich die Lippen zusammen und ließ sich wieder auf den Stuhl fallen. Er holte sich sogar die Marmeladenschüssel erneut heran, kramte mit dem Messer hinein und sah nach dem Deutschen.

Der holländische Kapitän die rote Nase auf den Teller gelöffelt, streute Bader daraus und schob sie auf seine Zunge. Langsam ließ er sie dort warm werden und in seine Kehle hineinschlucken.

Au dem oberen Ende des Tisches saßen sie noch gar nicht. Der Amerikaner, der den Kopf gesenkt hatte, wachte zu dem Belgier. „Du lästest wohl nach Kanakopen zurück, Kammerd?“ rief er über den Tisch.

„Ja,“ antwortete der Belgier, „Amerika ist mit zu laut.“ Der Amerikaner lächelte. „Es ist nicht nur Amerika zu laut. Der Mensch ist zu laut!“

„Du“ sagte der Belgier lauter, „aber nicht der europäische Mensch. Europa ist ein überheizter Dampfkegel, und die Menschen sind das Feuer darunter!“

Der Däne kramte ihm zu. „Warte mal,“ wachte er zu dem Amerikaner hinüber, „in sechs oder acht Tagen, wenn du die Beine auf dieses Europa setzt, sprichst du das Feuer selber!“

Der Amerikaner lächelte. „Es ist gleich,“ antwortete er langsam und hob seine Hände etwas in die Höhe. „Warte oder Feuer, die einen verdrängen, und die anderen erschieren. Wir sind am Ende.“

Der Däne rief die Augen auf und sah den Amerikaner groß an. Der Belgier war nicht so überrascht von der sonderbaren Predigt. Er kniffte den erstaunten Dänen leicht in die Seite und blinzelte ihn an.

Der holländische Kapitän stampfte zurück in den Stuhl. Er hatte ein Paket unter dem Arm, setzte sich umständlich in seinen Drehstuhl und packte aus. Es war Butter darin. Sorgfältig schmierte er sie auf seinen Zwieback, hüllte den runden Klee schnell wieder ein und steckte alles in einen seiner lang herabfallenden Rockhöfe.

Als er zu essen begann, sah er erst nach allen Seiten, ob ihm auch keiner zusah. Die Männer, die nicht sprachen, stierten auf ihre Teller. Nur die Tischgängerin schielte zu ihm. Sie bezog den Mund, als spüre sie die goldgelbe Butter auf der Zunge. Als sie den Augen des Dänen begegnete, bog sie aber ihren Kopf schnell wieder zur Seite, schlug eines ihrer Kreuze und starrte mit frommem Blick auf ihren schwarzen Buchbeutel.

Neben ihr wand sich noch immer der liebende Krumme. Er schen endlich die richtigen Worte gefunden zu haben. Er spitzte sie schon auf den Dänen, murmelte sie vor sich hin und schnitt dabei die selbstsamten Sitzmassen.

„Ich komme aus Pittsburg!“ sagte er stotternd, aber mit strahlenden Augen.

„So“, antwortete die Französin und nickte ihm zu.

Das schien dem Krummen wie ein Erfolg. Er drückte sich fester in seinen Stuhl, schob seine Füße auf die Tischplatte und rief sein Kramwerk größer auf. „Das heißt,“ stotterte er schneller, „ich habe auf einem kleinen Nest in der Nähe gewohnt. Wir haben dort Kohle gehackt!“

„So“, antwortete die Französin wieder. Ihr Blick war schon freundlicher.

„Das war ein Spaß!“ schrie der Krumme, dem diese Fremdbiligkeit zu Kopf stieg. „Wir haben jeden Tag aus wie die Schweine, und wir haben sogar Blut geschmeckt, so haben wir geschuftet!“

Die Französin antwortete das drittemal. „So“, riefte ihren Kopf in die Hände und kam ihm dadurch näher. „Aber“, brummte ihr der Krumme verächtlich zu, „hörte auf und schob ihr auch seinen Kopf entgegen, die schwarzen Girls mühten uns jeden Abend wieder sanfter scheutern. Das war das Beste. Wir sprangen herum wie abgelebte Kühe.“

„So“, nickte die Französin das viertemal. Sie bog sich abwärts, denn der Krumme hatte sich so weit über den Tisch vorgeschoben, daß er sie beinahe berühren konnte. (Fortsetzung folgt.)



# Rot Front, trotz alledem!

## Machtvolle Kundgebungen gegen KZB.-Verbot in Beuthen und Ratibor

Sonntag und Sonntag standen Beuthen und Ratibor im Zeichen der Mobilisierung der kommunistischen Partei für den kommenden Wahllampf.

Am Sonntag um 18 Uhr hatten sich Hunderte von Menschen auf dem Ring in Beuthen versammelt. Einige Minuten nach 18 Uhr marschierten aus den zwei Hauptstraßen noch mächtigere Demonstrationzüge heran, so daß etwa 3000 Menschen zusammen waren. Die Schalmeienkapelle des KZB. eröffnete die Protestkundgebung mit der „Internationale“. Darauf erklärte der Kamerad Urbanczyk die Protestkundgebung für eröffnet und gibt das Wort dem Kameraden Dymalla. Dieser legt in klaren und scharfen Ausführungen die Gründe für das Verbot des KZB. dar. Wiederholt von stürmischen Beifallskundgebungen unterbrochen, schließt er mit den Worten: „Ihr könnt uns verbieten, Ihr könnt uns einsperren und totschlagen, aber unsere Herzen bleiben rot!“

Als Vertreter der KPD. ergreift als zweiter Redner der Genosse Jendrosch das Wort. Er führte etwa aus: Der kapitalistische Reichsinnenminister v. Kaule hat im Auftrage der Unternehmer und Kriegshäher die Länderregierungen ersucht, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Er hat damit übernommen die Verantwortung für die sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten begonnen haben. Was Koste, Severing und Brüning mit Maschinengewehren nicht gelang, das soll das Verbot des Ministers Kaulell erreichen. Es handelt sich nicht etwa nur um einen Schlag gegen den KZB., sondern hauptsächlich um einen Schlag gegen die kommunistische Partei und die gesamte Arbeiterklasse; Kaulell gibt mit seinem Verbot das Signal dazu. Vor allen Dingen soll durch das Verbot die Bahn freigelegt werden für den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion. Aber Kaulell und alle übrigen Kriegshäher vergessen, daß die deutsche Arbeiterklasse den Völkermord von 1914-1918 nicht vergessen hat, und daß sie auf keinen Fall mehr gewillt ist, sich vor den Karren der Imperialisten spannen zu lassen. Daß sie im Gegenteil alle Versuche, die Sowjetunion anzugreifen, und sei es auch mit dem Einzug des Lebens, abzuwehren wird.

Nach einigen Schlussworten des Kameraden Urbanczyk formierte sich die gewaltige Menge zu einem Demonstrationzüge, der sich durch die Hauptstraßen von Beuthen bewegte.

Am Sonntag wehten in verschiedenen Straßen die schwarz-rot-goldenen Fahnen aus Anlaß des Sportfestes. In den frühen Nachmittagsstunden sammelten sich von neuem die Arbeiter, um unter den Klängen der Schalmeienkapelle zur Wahlkundgebung der KPD. auf dem Ring zu marschieren. Mit Fahnen und Transparenten in leuchtendem Rot wurde der Aufmarsch der ersten Wahlkundgebung der Partei gegeben. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Gerschle sprach zu den 2000 Versammelten über die Nationalisierung und ihre Folgen, über die arbeitersyndikalistische Bewegung, die Stellung vor allem des Zentrums und der KPD. besonders auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Spöttisch zeigte er den Widerspruch zwischen den von christlicher Nächstenliebe klingenden Worten und Versprechungen des Zentrums und den Handlungen dieser Partei. Unter brausendem Beifall schloß Genosse Gerschle seine Ausführungen mit der Aufforderung, die rote Einheitsfront des Proletariats unter den Fahnen der kommunistischen Partei zu bilden.

Der Zeitungsverlauf und das Sammelergebnis für den Wahlfonds der Partei waren gut.

Am Sonntag, dem 22. April, vormittags 11 Uhr, fand auf dem Ring in Ratibor eine von über 1000 Teilnehmern besuchte Kundgebung unserer Partei statt. Als Referent sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Gerschle. Er geißelte das Verbot des KZB. als den Beginn des weißen Terror gegen die kommunistische Partei, gegen das Proletariat und wies auf die neue imperialistische Politik der deutschen Republik. Die Aufgabe des deutschen Proletariats ist, gegen den imperialistischen Krieg, für die Sowjetunion unter den Fahnen der kommunistischen Partei zu kämpfen. Wer diesen Kampf unterstützen wird, wer mit der KPD. nach den Lösungen der KPD. in allen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen kämpfen will, wählt am 20. Mai die Liste der Kommunisten.

Die Ausführungen des Referenten wurden durch lebhafteste Zurufe und Beifallskundgebungen während und nach dem Referat unterstrichen. Von den Kirchgängern gesellten sich dabei immer mehr und mehr zu dieser Kundgebung der KPD. Ein Beweis, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes mehr und mehr anwächst, daß die Partei auch in Ratibor am 20. Mai mit neuen Truppen rechnen kann.

**Die Ortsgruppen**  
melden sofort die festgelegten Versammlungen.  
Wir wollen die uns von der Zentrale zur Verfügung gestellten Referenten schon jetzt aufstellen.  
Bezirksleitung Oberschlesien der KPD.

gemacht war und von neuem wurde bestellt. Das ist keine minderwertige Arbeit, Herr Dr. Born. Am 17. April stellte Herr Bistroy in Czarnowitz, statt auf der Bank etwas zu machen, den ganzen Tag für Geld Partien. Dafür lang's, den Techniker zu bezahlen. Wegen diesem Mann werden ehrliebe Arbeiter entlassen. Was sagen Sie, Herr Dr. Born, dazu? Deden Sie so etwas, trotzdem dann Sie den Arbeitern vorjammern, es ist kein Geld da, man muß sparen!

**Volkskulturstreifer am Werk.** Wir haben in der Wochenausgabe bereits mitgeteilt, daß der bide Gottesstreifer Prälat Kubis vom Altar aus zu einer Versammlung des katholischen Volksvereins eingeladen hat. Die Veranstaltung fand am Freitag im großen Saale der Handwerkskammer statt. Es sprach zum zweiten Male der von uns bereits gekennzeichnete Dr. Antoni vom Oberschlesischen Bauernverein. Das Wort „sprach“ ist allerdings eine zu feine Erklärung des getadezu unglaublichen Treibens dieses akademischen Klammels. Der „Familienabend“, so nennt man die Veranstaltung, war von Zehntausenden getragen und von einer Wirtshausatmosphäre erfüllt, wie sie nur von echt christlichen Geistern geschaffen werden kann. Das Thema des Vortrags lautete: „die deutschen Katholiken an der Wolga.“ An sein Thema hielt sich der „Redner“ nur wenig, es diente ihm vielmehr zu einer wüsten und gemeinen, in ihren Einzelheiten unerhörten Heße gegen Sowjetrußland und unsere deutsche Partei. Er tat das mit der eisernen Stirn, die Leuten eigen ist, welche sich in dem Gedanken wiegen, völlig unter sich zu sein, und wissen, daß sie ihren Unsinn ohne Widerspruch verzapfen können. Unsere russischen Brüder und wir selbst wurden als regelrechte Luchshunde des Teufels und der Hölle dargestellt, gegen die man sich zu einem vorläufigen geistigen Kreuzzuge zusammenschließen müsse. Man könnte von dem „Vortrag“ Kenntnis geben, ohne jeden Kommentar, mit der

Begründung, daß die schamlosen, schmutzigen Degerelen für den unreifen Geist und die Züchtheit des Redners sprechen, bzw. für den wahren christlichen Geist bezeichnend sind, wenn man nicht wüßte, daß von dem größeren Teil der Kleinbürgerlichen, geistig nicht allzu regen Versammlung alles geglaubt würde. Deshalb müssen wir das Tun des „Herrn“ Dr. Antoni beachten und ihm bei Gelegenheit gehörig auf die unsauberen Finger klopfen. Hoffentlich haben wir bald Gelegenheit, ihm unsere besonderen Sympathien zu beweisen. Vor den Ausgängen verteilten zwei Genossen Flugblätter über die wahre Lage der Deutschen in der Wolga-Republik.

**Schwarze Liste**  
Folgende Ortsgruppen haben noch nicht für März abgerechnet: Beuthen, Hindenburg, Gleiwitz, Mikulschitz, Pgl. Neudorf, Gogolin, Kreuzburg, Neustadt, Reife, Jiegenhals, Rothfeld, Komornik, Peiskretscham, Slawilau, Friedland, Poppelau, Tillowitz, Friedrichsgrätz.

**Versammlungskalender**  
Donnerstag den 26. April:  
Bistrop. 19,30 Uhr in der Gemeindegaststätte allgemeine Parteimitgliederversammlung.  
Oppeln. 19 Uhr Stadtbelegiertenkonferenz.  
Freitag den 27. April:  
Beuthen. 19 Uhr im Lokal Neumann Frauenversammlung.  
Sonntag den 28. April:  
Bezirks-Referenten-Besprechung 19 Uhr in Gleiwitz, Parteibüro. Die Ortsgruppen bzw. Genossen erhalten besondere Einladungen.  
Sonnliche Organisationen  
Gleiwitz. Verband für Freiberger und Zentralschiffahrt. Sonntag, den 28. April, 20 Uhr, im Bürgerhof, Pöschlauer Straße. Lichtbildvortrag des Gen. Pietzsch-Messlau über: „Der Kampf der Kirche um ihre Existenz“

### Was ist in dieser Woche zu tun?

1. Durchführung der Mitgliederversammlungen in den Zellen und Ortsgruppen zur Besprechung der politischen und organisatorischen Wahlarbeit.
2. Stellungnahme in den Gewerkschaften und Betrieben zum 1. Mai zur Durchführung geschlossener Arbeitsruhe und einheitlicher Kundgebungen für die proletarischen Forderungen.
3. Einbringung von Protestschreiben gegen das KZB.-Verbot in allen öffentlichen Versammlungen, in Belegschaftsversammlungen und Versammlungen aller proletarischen Organisationen.
4. Verbreitung des vorhandenen Propagandamaterials.
5. Vorbereitung des Landsonntags am 29. April, gute Einteilung der Kräfte, Beschaffung von Bauern- und Landarbeitertröschfäden durch den Literaturobmann, Festlegung der Touren für Autos und Radfahrer.
6. Durchführung der Sammlung für den Wahlfonds, Verstärkung der Sammlung in den Betrieben, an Sonntagen vor den Betrieben sammeln.
7. Anfertigung der Transparente für die Wahlkundgebungen, Einteilung der Genossen für den Literaturverlauf, Materialverteilung, Geldsammlung.
8. Vorbereitung der öffentlichen Wählerversammlungen für die Zeit vom 2. bis 5. Mai.

Bezirksleitung Oberschlesien

### Für den Wahlfonds

wurden bis 21. April gesammelt:

Wahlfondsmarken	158,50 Mark
Sammellisten	179,20 "
	337,70 Mark

Genossen! Verstärkt die Sammeltätigkeit. Schickt die gesammelten Beträge sofort ab. Bezirksleitung Oberschlesien

### Oppeln

#### Proteststreik in Gogolin

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Donnerstag trat die gesamte Belegschaft des Steinbruchs Emilienhof in einen Proteststreik. Der Betriebskassierent Blummann glaubte, durch Entlassung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Faszismus im Betriebe hochzuführen und kündigte drei Arbeitern das Arbeitsverhältnis. Diese Schikanen ließen sich die Arbeiter nicht gefallen und sie legten die Arbeit nieder und forderten die Zurücknahme der Kündigungen. Gleichzeitig forderten sie die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Steinbruchs- und Kalkarbeiter laut dem Manteltarif für die ober-schlesische Kalkindustrie. Die Gewerkschaft trat in Verhandlung mit der Direktion. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß die Arbeitsverhältnisse geregelt wurden und die Kündigungen der Arbeiter niedergebroschlagen.

### Wilde Anwürfe eines Tintentullis

Den geistig läderten Tintentullis von der „Oberschlesischen Tageszeitung“, deren Aufgabe es ist, die wertvolle Bevölkerung im Interesse des deutschen Kapitals und der feigen Hohenzollern- und verlotterten Fürstentümlichkeit mit verlogenen und verkommenen nationalstischen Ideen mittels gebuldrigen, ach so gebuldrigen Papiers zu insizieren, ist die wichtige Kundgebung der Oppelner Arbeiterklasse gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes mächtig auf die Nerven gefallen. Sie sind so erschrocken, daß sie das Bedürfnis haben, sich auszuschleimen und wohl in einem Anfall völliger Verblöschung glauben, die Wirkung der Kundgebung durch eine hämische Notiz abzuwischen zu können. Der Bericht ist zu albern, als daß er irgendwie wirken könnte. Es nimmt sich im Gegenteil geradezu belustigend heraus, wie man mit allen Mitteln kampfhaft versucht, Tatsachen zu verdrängen und hinwegzuleugnen. Die wertvolle Bevölkerung kann aus der Einstellung der „Oberschlesischen Tageszeitung“ klar ersehen, wo die Drahtzieher des Verbots gegen den KZB., und die Feinde der Arbeiter sitzen und sie wird am 1. Mai ihre Gegnerschaft zu den schwarzweißroten Brüdern und ihre Sympathie für die revolutionäre Arbeiterschaft durch einen zweiten wichtigen Aufmarsch bekunden. Am 20. Mai aber gilt es, den Frechlingen die Quittung zu geben, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Darum alle Stimmen der Liste 6: den Kommunisten.

### „Verräter, Verräter!“

Eine Arbeiterin schreibt uns: Ein Tintentull der „Oppelner Nachrichten“ läßt in der Nummer 92 der „Oppelner Nachrichten“ vom Donnerstag seinen geistigen Erguß über seine Leser. Unter obengenannter Überschrift versucht er auf die Vorgänge innerhalb der kommunistischen Partei einzugehen. Dieses mutet direkt lächerlich an. Die Vorgänge innerhalb der kommunistischen Partei sind nichts anderes als ein Streit über die Taktik. Die Arbeiter wissen, daß die kommunistische Partei die Interessen aller Arbeiter vertritt. Daß ihr Streit nicht um Futtertruppen geht, wie die Oppelner Arbeiterschaft ihn zwischen der Zentrumszeitung „Oppelner Kurier“ und der „Nach-Zentrumszeitung“ „Oppelner Nachrichten“ sieht. Mit allerhand Mitteln bekämpfen sich diese beiden Zeitungen, und jede spekuliert auf den Unverstand ihrer Leser. Wenn der Artikelschreiber schreibt: Ueber dem Streit vergessen die Radikalen die Räte der Arbeiter; diese überlassen sie der Zentrumspartei. Hier könnte man die Worte gebrauchen, die der Schreiber am Anfang seines Artikels gebraucht: Arme Arbeiter, solltet ihr euch auf die Hilfe satter Priester verlassen, so wäret ihr ganz verlassen. Beispiele sind der Provinziallandtag und die letzte Stadtverordnetenversammlung, worüber die „Arbeiter-Zeitung“ schon berichtet hat.

Herr Dr. Born, das ist lang's! Wir berichteten kürzlich über die städtische Arbeit in Czarnowitz. Wenn es auch nicht der Verwaltung paßt und man Arbeiter entläßt, weil sie den Herren ein wenig auf die Finger klopfen, so läßt sich schlecht was damit verdeden. Den Genossen Schulz entließ man dort und verleumdete ihn, daß er zu wenig arbeitete. Herr Dr. Born möchte für den länglichen Lohn die Arbeiter wohl noch bis aufs letzte auspowern. Bei den Beamten vom Bauamt, die schon dort einen ganzen Schwung verlorst haben, wird das übersehen. Der Techniker Bistroy zum Beispiel hat am 11. April da mit drei Leuten drei bis vier Stunden das Geld abverdient. Am 12. April stellte es sich heraus, daß alles falsch

# Arbeiter und Arbeiterinnen! Giehet Euch das Wahlrecht! Geht die Wählerlisten ein!







# An die gesamte Mitgliedschaft

Das Polbüro des KP beschloß in seiner letzten Sitzung, die gesamte Mitgliedschaft, alle Parteileitungen, insbesondere aber die Zellen und die Mitglieder in den Betrieben aufzufordern, die höchste Aktivität bei der Durchführung der nachfolgenden Aufgaben zu entfalten.

Für die Partei ist der Wahlkampf eine außerordentlich günstige Gelegenheit, die Ideen des Kommunismus in die breitesten Massen der wertvollsten Bevölkerung zu tragen. In diesen Wochen werden Tausende von Referenten in Betriebs- und öffentlichen Wahlversammlungen, in Versammlungen verschiedener Massenorganisationen, in Massendemonstrationen usw. die Ziele und Tagesforderungen der KP vor den Wählern entwickeln. Mit Millionen von Flugblättern, Handzetteln, mit Massenbroschüren und sonstigem Agitationsmaterial wird die Partei bei verschiedenen Schichten der arbeitenden Bevölkerung erfassen.

Die wachsende Sympathie der arbeitenden Massen für die KP, die sich gerade jetzt bei dem drohenden Verbot des NSD zeigt und im Verlaufe dieses Wahlkampfes zum Ausdruck kommt: die Bereitschaft vieler Arbeiter, sich aktiv an der kommunistischen Kleinarbeit im Betrieb, in der Gewerkschaft, in den Massenorganisationen, bei der Haus- und Hofpropaganda zu beteiligen, ihre Opferwilligkeit bei der Unterstützung des Wahlfonds der KP, beweisen, daß die Möglichkeit besteht, Tausende und aber Tausende der mit der Partei sympathisierenden Arbeiter zum entscheidenden Schritt des Eintritts in die kommunistische Partei zu bewegen.

Auf Grund der zwingenden Notwendigkeit, die vor der Partei steht, zur Durchführung der gewaltigen vor ihr stehenden Aufgaben, ihre eigenen Mitgliederreihen durch Aufnahme neuer Schichten fortgeschrittener Proletarier zu erweitern, auf Grund der Tatsache, daß durch das Verbot des NSD neue Zehntausende disziplinierter und freier Kräfte den Streich der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie mit noch engerem Zusammenschluß und Eintritt in die KP beantwortet werden, beschließt das Polbüro des KP:

1. Alle Betriebszellen, Strazenzellen, Ortsgruppen setzen sich sofort das Ziel, in Verbindung mit ihrer täglichen Arbeit bei der Vertretung der Arbeiterinteressen in ihrem Wirkungskreis, bei der Massenmobilisierung gegen das Verbot des NSD, bei der Durchführung der gesamten Wahlagitiation ihre Mitgliederzahl um einen bestimmten Prozentsatz zu erhöhen. Nach einem sorgfältig überlegten Plan, den jede Zelle und Ortsgruppe aus eigener Initiative aufstellen muß, sind sofort Maßnahmen zur festeren Zusammenfassung der Sympathisierenden, zu ihrer Gewinnung als Mitglieder der Partei und zu ihrer Schulung und Eingliederung in die Parteiarbeit zu beschließen und durchzuführen.

2. Der steigende Einfluß der KP bei den Wirtschaftskämpfen, die Erfolge der Partei bei den Betriebsrätewahlen haben erneut bekräftigt, daß die KP schon verhältnismäßig stark in den Betrieben Deutschlands verankert ist. Aber an vielen Stellen des Reiches wurden in solchen Betrieben, in denen es keine kommunistische

Zelle gibt, kommunistische Betriebsräte gewählt. In Tausenden von Betrieben arbeiten einzelne Kommunisten, die es aber bisher noch nicht fertig brachten, in ihrem Betrieb eine Parteizelle zu bilden. Der tatsächliche politische Einfluß der Partei ist also noch lange nicht organisatorisch erfasst. Das Polbüro des KP erinnert deshalb alle Parteimitglieder an den § 13 unseres Statuts, nach welchem die Betriebszellen die Grundlage, das Fundament der kommunistischen Organisation darstellen, und wo es u. a. heißt: „Jeder Kommunist, der als Einzelner in einem Betrieb arbeitet, ist verpflichtet, durch Werbung neuer Mitglieder unter Mithilfe der zuständigen Parteileitung in diesem eine Betriebszelle zu schaffen.“

Das Zentralkomitee fordert alle Parteimitglieder auf, die jegige außerordentlich günstige Situation auszunützen, um die alte Leninische Forderung: „Jeder Betrieb sei unsere Burg“, in die Tat umzusetzen.

Die Verankerung im Betrieb wird auch die Basis unserer Arbeit in den Gewerkschaften verbreitern und befestigen.

3. Die Resultate der Wahlen, die in den letzten Monaten in verschiedenen Ländern bzw. Städten stattfanden, zeigen, daß die KP auch in zahlreichen Orten, wo es keine Parteileitung und -Presse gibt, viele Stimmen von Arbeitern und Kleinbauern bekommen hat. Diese wichtige Tatsache muß alle Leitungen der Bezirke, Unterbezirke und Ortsgruppen verpflichten, sofort in ihrem Arbeitsplan festzustellen, in welchen Orten im Verlauf der Wahlkampagne neue Ortsgruppen zu bilden sind. Alle Referenten, die in diesen Wochen aus dem Land hinausgehen, müssen entsprechende Schritte organisieren, dementsprechend ist unsere Landagitiation und unser Agitationsmaterial einzustellen. Eine große Anzahl neuer Stützpunkte der Partei auf dem Lande muß das Ergebnis unserer Landagitiation sein.

Das Zentralkomitee verpflichtet hiermit dringend alle Parteileitungen, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles zu organisieren. Von jedem Parteimitglied erwartet das KP dabei die größte eigene Initiative und Unterstützung.

Wenn die gesamte Partei auf allen Gebieten, auf denen die einzelnen Kommunisten täglich wirken, wenn insbesondere die Parteimitglieder in den Betrieben, Gewerkschaften, Massenorganisationen in dieser Linie aktiv wirken, wenn bei der gesamten Wahlagitiation und insbesondere in Verbindung mit der Unterschriftenammlung gegen das Verbot des NSD in den Betrieben, Massenorganisationen und im Wohngebiet und im Zusammenhang mit der großzügigen Sammelaktion für den Wahlfonds gleichzeitig eine breite Mitgliederwerbung durchgeführt wird, dann wird die Partei ihren Wahlsieg am 20. Mai durch Aufnahme Zehntausender neuer Parteimitglieder, durch die Bildung Hundertter neuer Betriebszellen und ländlicher Ortsgruppen weiter gefestigt haben.



Am Sonntag: Groß-Sammeltag

## NSD.-Verbot - Vorbereitung des KP.-Verbots

Die ungeheure Empörung, die das Verbot des NSD in den Betrieben und Arbeiterorganisationen auslöste, ist dem Bürgerblut und den Koalitionsregierungen zur Zeit des Wahlkampfes sehr unangenehm. Kein Wunder, daß die Bürgerblutparteien die Verantwortlichkeit ihrer Minister für das Verbot leugnen und es zu einer deutschnationalen Parteiangelegenheit zu stempeln versuchen. Denn dieses Verbot zeigt mitten im „demokratischen“ Wahlkampf die bürgerliche Republik als eine Unterdrückungsmaschine der kapitalistischen Klasse und enthüllt zugleich das Wesen der Koalitions-politik als eines Teils der arbeitersyndikalischen Herrschaftsmaschine. Es ist auch in demokratischen Blättern öffentlich festgestellt worden, daß sowohl der Bürgerblutkanzler Marx als auch die anderen Minister von Stenckel vorher über das geplante Verbot informiert worden sind und seinen Erlaß zumindest durch passives Wohlwollen förderten.

Der Widerhall des NSD.-Verbots unter den christlichen Arbeitern zwingt die Zentrumsführer, die gerade wieder auf Stimmenfang ausgehen, ihre Mitschuld an dem Verbot zu verschleiern. Ein Artikel der „Germania“ vom Sonntag bemüht sich darum. Er schließt mit dem Satz:

„Jenseits der deutschen Grenzen wird dieser Schritt des Reichsinnenministers zweifellos zu uns abträglichen Schlussfolgerungen Anlaß geben, und innenpolitisch verbot er sich mitten in einer Wahlbewegung.“

Die innenpolitischen Gründe, die das Zentrum plötzlich gegen das NSD.-Verbot entdeckt, entspringen rein seiner Wahlmagogie. Die außenpolitischen Gründe sind die, daß dieses Verbot im jetzigen Zeitpunkt zu stark die sowjetfeindliche Schwankung der deutschen imperialistischen Außenpolitik im Vorgehen unterstreicht. Da Herr v. Reudell noch dazu seine besonderen deutschnationalen Parteiinteressen im Wahlkampf vertritt, indem er sich als „starker Mann“ gegen den NSD. aufspielt, sind die nachträglichen Bedenken des Zentrums auch von Wahlkonkurrenz bestimmt.

Wie die wahre Haltung des Zentrums, dieser Bürgerblutpartei, ist, dafür gibt es einen ganz unverdächtigen Zeugen. Niemand anders wie der Zentrumsminister Holz, der Innenminister der Bagiker-Regierung in Württemberg, hat noch am Freitag, dem 20. April, die tatsächlichen Ziele seiner Partei gelegentlich der Interpellation unserer Genossen im Finanzausschuß des Württembergischen Landtags enthüllt. Dieser Holz gab dort unumwunden zu, daß seine Partei nicht nur den NSD., sondern auch die KP. verurteilen wolle. Dementsprechend er, daß er schon vor längerer Zeit in Berlin ange-regert habe, ob nicht ein Verbot der kommunistischen Partei und aller kommunistischen Hilfsorganisationen angebracht sei, angesichts der gesamten Tätigkeit beider Organisationen, die durchwegs staatsfeindlichen Charakter tragen. Er stimmte deshalb allen Maßnahmen des Innenministers Reudell zu. Auf die Frage der kommunistischen Vertreter, ob er, Holz, auch ein Verbot der Stahlhelm-Organisationen nach ihrem Aufmarsch in Berlin und in

anderen Orten des Reiches angeregt habe, erwiderte er, daß er dazu keine Veranlassung (!) habe.

Das Abrücken der „Germania“ ist ganz ebenso einzuschätzen, wie die 16 Einsprüche der Länderregierungen. Hinter ihnen verbirgt sich die Entschlossenheit, nach den Wahlen mit geschickteren Mitteln die KP. und die revolutionären Massenorganisationen vogelfrei zu machen. Eindringlich wird damit erwiesen, daß nur die Massenmobilisierung diese Absichten verhindern kann. Darum hinein in Massen in die KP. und in den NSD! Steigert im ganzen Reich, in jedem Betrieb die Protestaktion!

### Weg mit dem Verbot!

Die Genossen Thälmann und Torgler werden in der heutigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags den nachstehenden Antrag einbringen:

Der Ausschuß wolle beschließen: die Regierung aufzufordern, das Ersuchen des Reichsinnenministeriums an die Länderregierungen zwecks Verbot des Roten Frontkämpferbundes mit sofortiger Wirkung wieder aufzuheben.

### Deutschnationale Wahlmagogie

Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht zwei Wahlauf-rufe, einen für das Reich und einen für Preußen. Es sind Dokumente, die sich durch eine Aneinanderreihung von abgeklappten nationallistischen Phrasen zum Stimmenfang unter den bisherigen deutsch-nationalen Wählermassen „auszeichnen“.

In dem Aufruf für das Reich wird von den „verflochtenen Illu-sionen von Locarno, Genf und Thoiry“ geredet, obwohl jedes politische Kind weiß, daß die Deutschnationalen die Politik von Locarno und Genf als Minister vollständig mitgemacht haben. Die Forderung der „Nahrungsfreiheit vom Auslande“, hinter der sich die Forderung nach fetten Schutzzöllen zugunsten der Junker schein verbirgt, fehlt im deutschnationalen Wahlaufruf natürlich nicht. Er fordert auch ein „christliches Schulgesetz“.

Um die Frage der Staatsform drückt sich der Wahlaufruf bei auf dem Boden der kapitalistischen Republik ihre Politik betreibenden Deutschnationalen Volkspartei. Es heißt da:

„Wir lassen nicht von dem Stolz auf die tausendjährige deutsche Geschichte, die Größe des Kaisergedankens, die ruhmbedeckten schwarz-weißen Fahnen und die Feldentaten der alten Wehrmacht.“

Das bezieht sich alles auf die Einschätzung der Vergangenheit, auf das Festhalten an der Tradition des wilhelminischen Imperialismus. Aber für die Gegenwart bezeichnet man die Weimarer Verfassung als „unzulänglich“ und macht seine republikanische Schacherpolitik zur Erreichung großagrarischer Schutzollprofite.

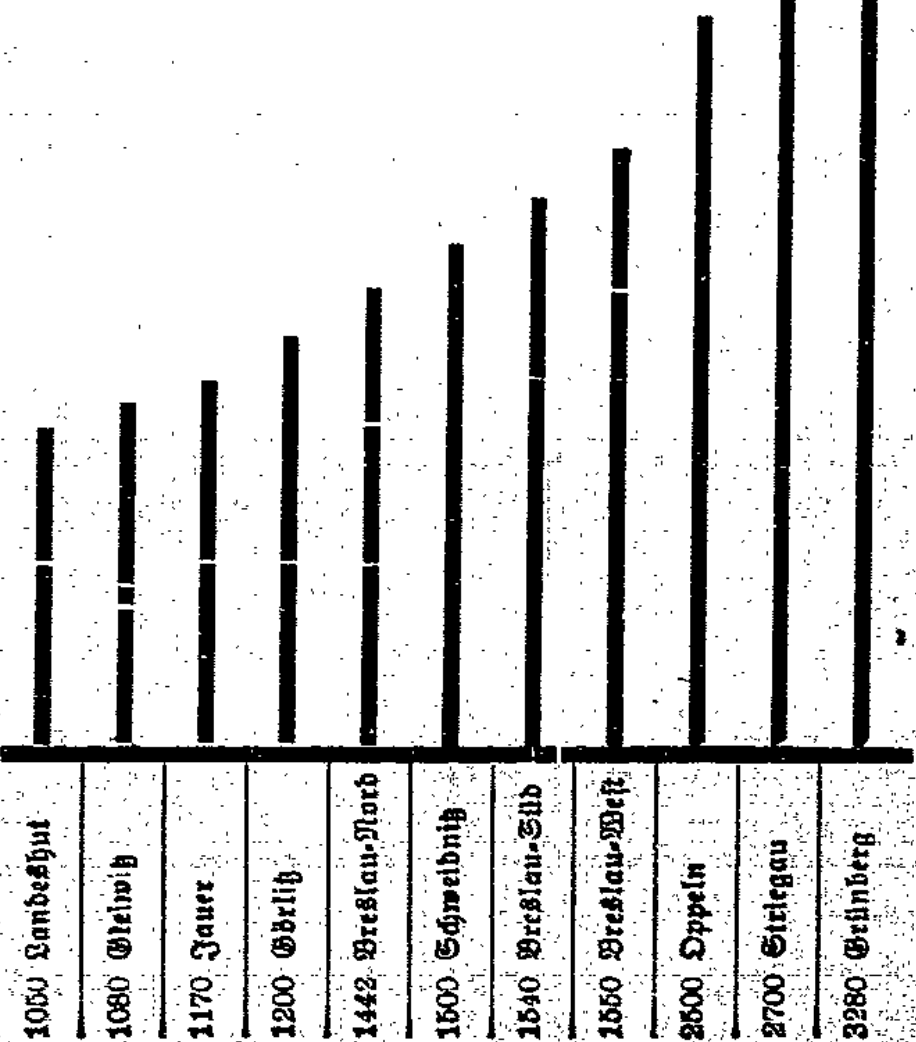
Um überhaupt so etwas wie ein politisches Programm zu entwickeln, fordern die Deutschnationalen die Befestigung der „unum-schränkten Alleinherrschaft der Parlamente“ und die Verstärkung der

Macht des Reichspräsidenten, damit dieser „ungehemmt durch die Vertrauens- und Mißtrauensvoten wechselnder Parteimehrheiten“ regieren könne. Das wäre die reaktionäre Vollendung der Republik! Damit der politische Witz, natürlich der unbeschäftigte Witz, in dem Aufruf nicht fehle, heißt es in ihm, die Deutschnationale Partei widerlege durch ihr Dasein die Lehre vom Klassenkampf. Der preussische Aufruf will den „Staat Friedrichs des Großen“ in Zukunft wieder seine „deutsche Mission“ erfüllen lassen. Er wettert gegen „rote Parteipolitik“ und dient der Parteipolitik der abligen Strauchritter, der junkerlichen Auswucherer des werktätigen Volkes.

### Wer hält die Spitze?

Die kleine Ortsgruppe Grünberg hat sichere Aussicht, eine Prämie zu erhalten. Falls die Grünberger Genossen in den kommenden Wochen den Umsatz der Wahlzeitungen um nur 40 Exemplare wöchentlich steigern. Wollen die größeren und großen Orte sich von dem kleinen Grünberg beschämen lassen?

Genossen, verdoppelt die Anstrengungen!





# Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

## Parlamentswahlen und Konsumvereine

Bei den bevorstehenden Parlamentswahlen wäre es Pflicht der Konsumvereine, die die Bekämpfung der wertvollen Arbeitstätigkeit betreffen, die die Bevölkerung der Zoll- und Steuerpolitik, die Steuerpolitik gegenüber den Konsumvereinen, die rechtliche Gleichbehandlung der Konsumvereine und die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den Genossenschaften nach ihren Möglichkeiten vor den Wählern aufzuzeigen. Die parlamentarischen Genossenschaftsführer können dies natürlich so, weil die Konsumvereine „politisch neutral“ sein müssen. Aber selbst wenn die Konsumvereine nicht von sich aus in den Wahlkampf einsteigen würden, sondern von gebildeten Ausschüssen aus Parteimitgliedern der Konsumvereine die Genossenschaftsforderungen propagieren würden, wie dies von einigen „linken“ Genossenschaftsführern gefordert wird, dann müßte dies zu einer Klärung der parlamentarischen Genossenschaftsführer und der sozialdemokratischen Partei führen.

Es ist noch in früherer Erinnerung, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei dem die Lebenshaltung der Arbeiterschaft am meisten beeinträchtigenden Steuerkompromiß im Jahre 1921, um dieses nicht zu gefährden, auf die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer verzichtet hat. Damals hat der Reichstagsrat der „sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“ Herr Kisch, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Verrat an den Genossenschaften vorgeworfen. Weil nicht nur in der Frage der Heranziehung der Konsumvereine zu der Umsatzsteuer hat die SPD die genossenschaftlichen Interessen der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie untergeordnet. Die SPD hat die Zoll- und Steuerpolitik in den letzten zehn Jahren mitgenutzt und ihre Opposition in der Kammer der Bürgerblockregierung war nur ein Doppelspiel.

Wenn die reformistischen Genossenschaftsführer einen Kampf gegen das durch die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbe- und Umsatzsteuer bestehende Steuerrecht vorzuschlagen, so war auch dieser weiter nichts als Schein. Das wird dadurch am besten bewiesen, daß dieser „Kampf“ nur mit Zustimmung geführt wurde.

Gegen die sonstige Besteuerung der Konsumvereine haben die reformistischen Führer nichts einzuwenden, und der Kampf gegen die Zölle und Wollsteuer ist nach ihrer Meinung überhaupt keine Angelegenheit der Genossenschaften. Dabei spielen sie sich aber bei jeder Gelegenheit als die „wahren Interessenvertreter der Verbraucher“ auf. Wenn die von ihnen im Munde geführten Verbraucherinteressen keine Waisen sein sollen, dann müßten sie natürlich in vordefiniter Front im Kampf gegen den Zollwucher und die Wollsteuer stehen.

Vor 25 Jahren haben die heutigen Führer der Genossenschaftsbewegung sich schon über das Ausnahmestück gegen die Konsumvereine ausgesprochen. Heute sind nicht nur diese Klagen verfallen, sondern bei jeder Gelegenheit ziehen die Hauptvertreter diese Ausnahmestimmungen heran, wenn ein proletarischer Konsumverein hinsichtlich der Unterstützung der Arbeiterkämpfe keine Rücksicht erfaßt.

Selbst das bestehende Verkaufsverbot wird heute von den reformistischen Führern verteidigt, trotzdem geküßt auf dieses Ausnahmestück die Händler in der schmutzigsten Weise den

Kampf gegen die Genossenschaften führen. Noch vor wenigen Wochen schrieb August Kisch in der „Kommunistischen Rundschau“, daß bezüglich der Forderung der Konsumvereine an die Reichstagsfraktion im Reichstagsbeauftragten.

Die proletarischen Genossenschaftsmittelglieder werden im Wahlkampf aber auch gegen die reformistischen Führer die Genossenschaftsmittelglieder für die Partei mobilisieren müssen, die vordefinitiv die speziellen Genossenschaftsforderungen auch im Parlament unterstützen, und deren ganzer Kampf auf die Vertretung der proletarischen Lebensinteressen eingestellt ist. Zu diesem Zweck gilt es, Ausschüsse aus Genossenschaftlern zu bilden, deren Aufgabe es ist, den Parteien die Genossenschaftsforderungen zu verbreiten, den Kampf gegen alle Parteien zu führen, die diese Forderungen ablehnen oder ungenügend beantworten, und die Genossenschaftsmittelglieder zur Wahl der Partei anzuhalten, die sich mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln für die Durchsetzung der Forderungen verpflichtet.

Die Befreiung des Steuerrechts von den Genossenschaften erfordert die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatz- und Gewerbesteuer und der Befreiung des Geschäftsbetriebs auf den Kreis der Mitglieder als Voraussetzung für die Steuerbefreiung. Die Befreiung der die Lebenshaltung der wertvollen Bevölkerung belastenden Zölle und Wollsteuer muß weiter zu einer elementaren Forderung der Konsumvereine werden. Solange die Zölle nicht beseitigt sind, müssen die Konsumvereine für die Großhandelsvereine erforderlichen Agrar- und Kolonialprodukte fordern. Ebenso muß der Bedarf der Konsumvereine an Gefrierfleisch aus dem zollfreien Kontingent reiflos gedeckt werden.

Der § 81 des Genossenschaftsgesetzes bedroht die Genossenschaften mit Verhaftung, wenn sie sich mit anderen als wirtschaftlichen Angelegenheiten beschäftigen, und der § 149 droht den Vorstandsmittgliedern Strafe an, wenn ihre Handlungen auf andere als geschäftliche Zwecke gerichtet sind. Die Befreiung dieses Ausnahmestücks, wie auch des Verkaufsverbots an Nichtmitgliedern muß mit den übrigen Forderungen benutzt werden, um die Genossenschaftsmittelglieder bei der Wahl zu veranlassen, die kommunistische Partei zu wählen, die allein rücksichtslos den Kampf für diese Forderungen führt.

### General- und Vertreterversammlungen

finden in diesen Wochen in vielen Konsumvereinen statt. In denselben muß Stellung genommen werden: zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe und dem Kampf gegen die Wertschönungsmittel; zum Kampf gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Bürgerblockregierung; gegen die Spaltungsgesfahr im Internationalen Genossenschaftsbund.

## 25 Jahre Zentralverband deutscher Konsumvereine

Wir haben bereits in der Nummer vom März kurz die Vorgänge im Allgemeinen Verband, die 1902 in Kreuznach zum Ausschluß der 98 Konsumvereine führten, behandelt. Wir werden in den nächsten Nummern dazu weiteres Material beifügen.

### Der Kampf um den Nevers.

Der wichtigste äußere Anlaß der Auseinandersetzungen zwischen dem Verbandsschlichter Dr. Grüger und der Opposition im Allgemeinen Verband war ein Nevers. Nach dem „Wochen-Bericht“ der GGG vom Jahre 1901 (8. Juni, Nummer 23, Seite 143) wurde den führenden Konsumvereinen, die in den Allgemeinen Verband aufgenommen werden wollten, an Stelle der erwarteten Aufnahmebefähigung folgender Nevers zur Unterschrift vorgelegt:

Wir erklären hiermit, daß wir im Falle unserer Aufnahme in den Allgemeinen Verband deutscher Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften die wirtschaftlichen Grundzüge beizubehalten werden, die bisher für die Beschäfte des Allgemeinen Genossenschaftstages maßgebend gewesen sind und daß wir die genossenschaftliche Organisation weder mittelbar noch unmittelbar zur Verfolgung politischer Zwecke gebrauchen werden.

Die Redaktion des „Wochen-Berichts“ der GGG, die damals unter der Leitung von Heinrich Kaufmann stand, nahm zunächst nicht zu dem Nevers Stellung, sondern beschränkte sich auf die Veröffentlichung einer Konzession von A. S. Auf dem am 15. und 16. Juni in Aue stattfindenden Verbandstag der Süddeutschen Konsumvereine wurde einstimmig eine Resolution zur Frage des Nevers angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Engerer Ausschuß des Allgemeinen Verbandes hat aber nun die Konzeption dieser beiden Vereine davon abhängig gemacht, daß diese erklären sollen, die genossenschaftliche Organisation nicht zur Verfolgung politischer Ziele gebrauchen zu wollen. Der höchste Unterstandstag in Aue protestiert hiermit gegen dieses Ansinnen, weil jeder Grund, jede Voraussetzung dazu fehlt und dieses Verlangen die betreffenden Vereine zur Kompromittierung, und auch eine Einigung, ein einheitliches Zusammengehen aller Vereine zu hindern geeignet ist.

Auch die „Krone Zeit“, die von der Sozialdemokratischen Partei herausgegeben wurde, beschloß sich nicht dem geforderten Nevers und wandte sich in einem geharnischten Protest gegen das Vorgehen Dr. Grügers. Gleichzeitig wurde jedoch die notwendige Erklärung Heinrich Kaufmanns beabsichtigt, daß er dem „Wochen-Bericht“ der GGG zu dem Nevers nicht Stellung genommen habe.

Heinrich Kaufmann schrieb dann im „Wochen-Bericht“ der GGG vom 21. Juni (Nummer 25) einen Artikel „Der Konsumgenossenschaftsbund des Engeren Ausschusses und die Forderung der Konsumvereine“. In diesem Artikel erklärte Kaufmann zu dem Nevers:

Und erfüllt dieses Vorgehen der Verbandsschlichter weniger mit Enttäufung, als mit Trauer und Beschä-

mung, weil dadurch in allerhöchster Weise das Ansehen des Allgemeinen Verbandes leidet. Die innere Entwicklung des Allgemeinen Verbandes wird also voraussichtlich durch das Vorgehen der leitenden Körperschaften keinen Schaden erleiden.

Kaufmann empfand also zunächst nur „Trauer“ und „Beschämung“ und war der Meinung, daß es seinem Wunsch gemäß zu keinen größeren Erschütterungen im Allgemeinen Verbands kommen sollte. Diese Auffassung war jedoch vollständig falsch. Schon auf dem Genossenschaftstag 1901 in Baden-Baden kam es wegen des Nevers und der Vorzüge Dr. Grügers zu großen Auseinandersetzungen. Wir werden auf die Verhandlungen des Genossenschaftstages in Baden-Baden noch zurückkommen.

Im Jahre 1902 schrieb Heinrich Kaufmann im „Wochen-Bericht“ der GGG einen Artikel „Herr Dr. Grüger und die deutsche Konsumvereinsbewegung“ mit 4 Fortsetzungen. In der 4. Fortsetzung des Artikels beschloß Kaufmann wiederum mit dem von den Süddeutschen Konsumvereinen zu unterzeichnenden Nevers. Er schreibt dazu:

Der Sache nach konnten ja die „Vorwärts“-Genossenschaften diesen Nevers ruhig unterschreiben. Sie waren sich bewußt, keine anderen wirtschaftlichen Grundzüge (Prinzip der Verzahnung, Rückvergütung nach Maßgabe des Umsatzes usw.) zu vertreten als die übrigen Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes, und sie haben auch niemals die Absicht gehabt, die genossenschaftliche Organisation mittelbar oder unmittelbar zur Verfolgung politischer Zwecke zu missbrauchen.

Wenn der Herr Anwalt schon bei dieser Gelegenheit mit dem eigentlichen Motiv herausgekommen wäre, dann hätte er dem Nevers anders fassen und ihn folgenden Wortlaut geben müssen:

Wir erklären hiermit, daß wir im Falle unserer Aufnahme in den Allgemeinen Verband deutscher Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften diejenigen Anschauungen haben werden, die der Herr Anwalt hat, und daß wir uns niemals gesellen werden, anderer Meinung zu sein wie er.

Kaufmann, der also noch kurz vorher der Meinung war, daß der Nevers gar nicht so schlimm sei, mußte sich unter dem Protest der jüdischen Arbeiter zu einer solchen Charakterisierung des Vorgehens Dr. Grügers hergeben. Diese Worte, daß man niemals eine andere Meinung haben dürfe, wie der Verbandsschlichter, hören sich heute gar zu zumal ausgerechnet von dem schillernden Diktator des Zentralverbandes. Seit Jahren ist das Gebot von Nevers etwas Ähnliches geworden. Seine Leute fordern heute nicht nur die Unterzeichnung der Nevers, sondern auch, wie das im Falle des Schwarzberger Konsumvereins erwiesen ist, nicht einmal das zurückgefordert, wirtschaftliche Repressalien zu ergreifen (Bestweigerung von Hypothekengeldern usw.), um die Unterzeichnung der Nevers zu erzwingen, aber sonst die Konsumvereine zu ruinieren.

### Herabsetzung des Gefrierfleisch-Kontingents

Das Gefrierfleisch ist in vielen Gegenden des Reiches ein Nahrungsmittel gerade der ärmsten Schichten der wertvollen Bevölkerung. Die Preise für das Gefrierfleisch sind zu hoch und damit für diese Schichten unerschwinglich. Um so bedeutungsvoller ist der heitere Vorstoß, den der Reichsminister für Ernährung im Rahmen des „Notprogramms“ der Bürgerblockregierung für die entsprechende Befreiung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gemacht hat. Anstelle des bisherigen zollfreien Gefrierfleischkontingents von 100 000 Tonnen im Jahre soll ab 1. Mai das Kontingent auf jährlich 50 000 Tonnen herabgesetzt werden. Es gibt keinen Zweifel, daß mit diesem Beschluß des Reichstags für die Großhändler und Bürgerblockregierung die Gefrierfleischpreise noch nicht erhöht sind, sondern daß bald neue Preistöße für die vollständige Befreiung des zollfreien Gefrierfleischkontingents folgen werden. Bereits stellen die Großhändler entsprechende Forderungen, und schon hat der großhändlerische Ernährungsmittelrat und deutlich dieses Ziel ausgesprochen. Dieser Beschluß des Reichstags bedeutet eine neue Vertiefung des Preises für die arbeitende Bevölkerung.

Selbst einzelnen bürgerlichen Parteien machte die Zustimmung zu diesem Vorstoß der Bürgerblockregierung Schwierigkeiten, weil die Arbeitermitglieder sich gegen die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents wandten. Das Zentrum hat deshalb noch in der letzten Sitzung des Reichstags, in der die Frage der Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents entschieden wurde, einen Antrag eingebracht, daß das Kontingent nicht auf 50 000, sondern auf 70 000 Tonnen jährlich herabgesetzt werden soll.

Die Stellung der SPD zu diesem Vorstoß eines Teils des Notprogramms der Bürgerblockregierung war von Anfang an klar und eindeutig. Zunächst wurde der Kampf darum geführt, daß die Einfuhr des gefrierfleisches zollfrei gewährt wird. Im Falle der Ablehnung dieser Forderung verlangte der Antrag der SPD, daß das Gefrierfleisch in voller Höhe der bisherigen Gesamteinfuhr, d. h. der 100 000 Tonnen, zur Abgabe an Selbstverbraucher durch Konsumvereine und Gemeinden verteilt werden soll. Die SPD forderte also die Ausschaltung der kapitalistischen Großhändler bei der Verteilung des zollfreien Gefrierfleischkontingents. Zu einer solchen Forderung lag im so mehr Veranlassung vor, als nach der Denkschrift des Hauptausschusses festgestellt wurde, daß die kapitalistischen Großhändler in einem Jahre von den 120 000 Tonnen des zollfrei eingeführten Gefrierfleisches 100 000 Tonnen weiter vermittelten und sich eine Wunderspekulation schufen. Sie zu einer Ausweitung der Gefrierfleischfänger um 14 Millionen Mark in einem Jahre bemüht wurde. Dieser Wucher der kapitalistischen Großhändler dürfte bei der Verteilung des zollfreien Gefrierfleisches nicht weiter geduldet werden.

Die SPD dachte aber nicht einen Augenblick daran, sich für den kommunistischen Antrag einzusetzen. Sie verlangte nur die Ausschaltung der kapitalistischen Großhändler bei der Verteilung der Kontingente, die einen nachweisbaren Wucher mit dem zollfreien Gefrierfleisch getrieben haben. Bei Ausschaltung einiger Großhändler sollten die Kontingente ohne nur auf andere kapitalistische Großhändler ausgegeben werden. Die SPD benutzte also die Gelegenheit nicht, um die vollständige Ausschaltung der kapitalistischen Großhändler bei der Verteilung des Gefrierfleischkontingents gemeinsam mit der SPD zu verlangen und die Auslieferung des Gefrierfleisches durch die Konsumvereine und Gemeinden zu fordern.

Bei der Behandlung der Frage des Gefrierfleischkontingents hat sich erneut gezeigt, daß die SPD die einzige Partei ist, die auch im Parlament die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmittelglieder ohne Rücksicht auf Koalitionsfragen und Zusammenarbeit mit den Bürgerblockpartien verteidigt. Gerade in Anbetracht der im Mai stattfindenden Parlamentswahlen muß das dem letzten Genossenschaftsmittelglied gezeigt und bewiesen werden.

Wie die Reichstagsfraktion der SPD, in der Frage des Gefrierfleischkontingents die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmittelglieder preisgegeben hat, so hat auch die Stellung der sozialdemokratischen Genossenschaftsführer des Zentralverbandes in Hamburg hier neuerdings den Beweis erbracht, daß man auf eine Interessenverletzung der proletarischen Mitgliedschaft verzichtet. Die reformistischen Instanzen waren in jeder Beziehung passiv und haben sich mit dem Vorstoß der Bürgerblockregierung ohne weiteres abgefunden. Es liegt sogar die Vermutung nahe, daß Vertreter des Zentralverbandes im Reichswirtschaftsrat oder Teilnehmer an den Enqueteausschüssen von dem ungeheuren Gefrierfleischwucher gewußt haben, bevor diese Wucherpraktiken entpült worden sind. Nichts hat die Leitung des Zentralverbandes getan, um diese Gefrierfleischwucherer bloßzustellen, den Kampf gegen die Befreiung des Kontingents und für die zollfreie Einfuhr des Gefrierfleisches aufzunehmen. Ueber die für die Genossenschaftsmittelglieder wichtigen Verhandlungen des Hauptausschusses und Reichstags ist in dem Zentralorgan, der „Kommunistischen Rundschau“ in einigen Zeilen berichtet. In keiner Weise wurden die Mitglieder durch eine Aufklärungskampagne in der Presse und durch Versammlungen aufgerufen und mobilisiert. Und diese Passivität wurde in einer Zeit gefeiert, wo die Dranghals der reaktionären Landbesitzer in einzelnen Teilen des Reiches durch die Ausweitung der Bauern zu ihren hinterhältigen Zwecken gezeigt haben, wie man aufgestellte Forderungen unterstützen muß, um ihnen Geltung zu verschaffen. Die Genossenschaftsführer haben sich aber auch in keiner Weise gegen die Preisgabe der Interessen der proletarischen Genossenschaftsmittelglieder durch die SPD gewandt und die SPD mit ihren Anträgen unterstützt.

In einigen Konsumvereinen, z. B. in Berlin, Leipzig usw., hat man feierliche Proteste gegen die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents angenommen. Wer auch da würde nicht zur Interessierung und Mobilisierung der Mitglieder getan, und wie z. B. in Berlin, die diesbezüglichen Forderungen der Konsumvereine wurden abgelehnt.

Durch dieses Verhalten haben sich die sozialdemokratischen Genossenschaftsführer mit der Haltung der SPD, sozialisiert und die Preisgabe der proletarischen Klasseninteressen der Mitglieder unterstellt. Der Kampf muß deshalb nicht nur gegen den Bürgerblock und sein Hungerprogramm, sondern gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie und die reformistischen Genossenschaftsführer geführt werden. Auch bei den Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen am 30. Mai muß den reformistischen Führern die Antwort erteilt werden.

Verantwortlicher: A. Leitz, Editor. W. B. D. Berlin. — Vertrieb: „Krone“, „Kommunistische Rundschau“ und „Kommunistische Beilage“. — Druck: „Kommunistische Rundschau“ und „Kommunistische Beilage“.



Werktätige des Westens!

Heute Mittwoch 20 Uhr bei Hoffmann, Pöpelwitzstr., öffentliche Wählerversammlung. Genosse Steffen spricht.

Eintritt frei!

Antreten der Abt. 4 des RFB, Striegauer Platz 19 Uhr

Das erste Deboll-Auto in Breslau

Bei der gestrigen Demonstration auf dem Neumarkt erregte das zum erstenmal in Breslau vertretene Deboll-Li... großes Aufsehen. In blauer Farbe gehalten, in der Größe eines Straßenbahnautos, mit vier Sitzplätzen...

Am Schluß der gewaltigen Kundgebung klang von der Deboll der Frontkämpfermarsch und die Internationale, in welche die Massen begeistert einstimmten. Auch die Übertragung einer Rede des Genossen Hugo Oberlein: „Das soziale Programm des Reichstages“ fand viel Anklang.

Wir sind überzeugt, daß die Deboll auf ihrem Wagen durch die Provinz mit der gleichen Begeisterung wie in Breslau empfangen werden und zur Mobilisierung der Massen und zum Erfolg am 20. Mai erheblich beitragen wird.

Geht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten liegen nur noch bis kommenden Sonnabend zur Einsicht aus. Jeder überzeuge sich sofort, ob er eingetragen ist, da er andernfalls am 20. Mai nicht wählen kann. Die Listen sind einzusehen für Breslau in der Turnhalle Lessingplatz von 10-19 Uhr...

Am 1. Mai

rote Fahnen heraus! Am 1. Mai muß Breslau in einem Meer von rotem Tuch schwimmen. — Arbeiterkern, meldet für den 1. Mai eure Kinder vom Schulunterricht ab.

Weitere Erfolge am Werbesonntag. Recht erfolgreiche Arbeit leisteten am vergangenen Sonntag auch die Kameraden der Abteilung 1 des RFB und die Genossen des Stadtteils Ost der Partei. Ein Teil von ihnen blieb in Breslau zur Hausagitation, andere suchten mit der Bahn Tschetschnik auf, während die Radfahrer nach Merzdorf fuhren.

Der Sittlichkeitsverein in der Kleinstadt. Diese ergötliche Filmkomödie läuft noch einmal an drei Tagen in den Gewerkschaftshaus-Sichtspiele an. Gegen 5000 Besucher wohnten vor Wochen der ersten Vorführung bei. Diese ungeheure Besucherzahl vergoß Tränen vor Lachen bei diesem Film. Neu hinzukommen zwei weitere lustige Filme, so daß Sie 2 1/2 Stunden aus dem Lachen nicht herauskommen!

Freie Turnerschaft. Donnerstag 20 Uhr bei Wolf, Pöpelwitzstr. 15, Gründungsversammlung. Interessenten sind eingeladen. Mitglieder werden dort aufgenommen.

Mittelschlesien

Oblau. Am Freitag fand im „Preußischen Hof“ eine von der RFB einberufene öffentliche Wählerversammlung statt. Genosse Reim-Breslau hielt das Referat: „Wir Kommunisten und der 20. Mai.“ Mit Beispielen schilderte Genosse Reim das Wirken der Regierung. Große Erregung ging durch die Versammlung, als der Referent mitteilte, daß für den „deutschen Vennsport“ 15 Millionen und für Beschaffung von Tuberkulose-Heimen und Bekämpfung der Proletarierkrankheit nur 800 000 Mark bewilligt wurden.

Zehntausend Werktätige auf dem Neumarkt!

Die Breslauer Arbeiter antworten der Bürgerblockregierung

Breslau, 25. April.

Noch nie hat in den letzten 5 Jahren der Neumarkt einen so gewaltigen Ausmarsch von Arbeitern und Arbeiterinnen gesehen, wie gestern, Dienstag abend. Trotz dem RFB und Partei erst am Montag den Aufruf zur Demonstration gegen das Verbot des RFB durch die Bürgerblockregierung erlassen, die Zeit zur Vorbereitung also äußerst knapp und unzulänglich war, folgten die Breslauer Arbeiter und Arbeiterinnen in großer Zahl dem Ruf der revolutionären proletarischen Organisationen.

Um 20 Uhr war der große Platz schwarz von Massen. Es waren etwa 10 000 Demonstranten anwesend. Die Genossen Hansen, Steffen, Wollweber, Brandmarkten, wiederholt von feindlicher Zustimmung unterbrochen, das Verbot des RFB und bedeten die imperialistischen Hintergründe dieses Vorstoßes der Bourgeoisie auf.

Ein Wald von Händen erhob sich, als ein in m m g eine Protestresolution gegen das Neudeckverbot angenommen wurde.

Unter den Klängen der „Internationalen“ fand die kurze eindrucksvolle Demonstration ihr Ende. In revolutionärer Disziplin wie bei einem Marsch zog sich der Ausmarsch. Der stark verstärkte Polizei hat sich kein Anlaß und Vorwand zur Störung der wichtigen Demonstration.

Laulend marschieren in Briesg auf!

Der rote Frontkämpfer-Bund Ortsgruppe Briesg hatte ihr gestern abend nach dem Siege eine Protestkundgebung gegen das geplante Verbot des RFB einberufen. Trotz der kurzen Zeit der Vorbereitung hatten sich doch an tausend Arbeiter und Arbeiterinnen eingefunden. Kamerad Thoma-Breslau sprach zu den Versammelten. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die versammelten Arbeiter von Briesg erheben gegen das geplante Verbot des RFB scharfen Protest. Sie fordern alle Werktätigen in Stadt und Land auf, als Antwort sich der roten Front und der RFB anzuschließen und am 20. Mai der kommunistischen Partei die Stimme zu geben.“

Nach der Kundgebung ging es in wichtiger Demonstration durch die Straßen nach dem „Weinberg“, wo ein öffentlicher Kameradschaftabend stattfand. Eine ganze Reihe von Reden wurden gemacht. (Wir kommen auf die Kundgebung noch zurück.)

Keine Elternbeiratswahlen in Breslau?

Der sozialdemokratische „Zentral-Elternbeirat“ wehrt vor den Christen

Die Sozialdemokraten haben in der letzten Zeit Schritt für Schritt auch auf kulturpolitischem Gebiet den Boden geräumt und sind vor der Zentrumsreaktion zurückgewichen. Diese Tatsache findet ihre Bestätigung in der Stellungnahme des Breslauer sozialdemokratischen „Zentral-Elternbeirats“ zu den diesjährigen Elternbeiratswahlen. Der Vorstand des Zentral-Elternbeirats empfiehlt nicht mehr und nicht weniger der proletarischen Eltern, als „Eingung mit den Bürgerlich-christlichen unter Wahrung des bisherigen Bestandes“.

Dieser Auseinandersetzung sind die Sozialdemokraten ausgewichen. Sie haben feige die Segel gestrichen, wo sie sogar ein für sie besseres Verhältnis bei der Verteilung der Eltern-

beiratsitze hätten herausholen können. Dieser Verzicht auf eine Auseinandersetzung mit den Christen kommt nicht zufällig. In ihm kündigt sich die zukünftige Politik der Sozialdemokratie an: nämlich, nicht nur im Reichs- und Landtagswahlkampf das Zentrum zu schonen, sondern auch sonst alle Veranlassungen aus dem Wege zu räumen, die zu Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und den Zentrumsbrüdern führen könnten. Die Sozialdemokratie ist eine „weisschauende“ Partei. Sie sieht „nicht nur die Wahlen“, sondern sie hat auch darüber nachgedacht, was nach diesen kommt. Und die einflussreichsten sozialdemokratischen Führer, wie Otto Braun, Severing usw. haben es ja schon offen zum Ausdruck gebracht: Koalitionsregierung mit Demokraten und Zentrum, und wenn nun auch noch die Deutsche Volkspartei will, dann in Gottes Namen auch mit dieser. Diesen „staatspolitischen“ Zielen zuliebe weicht die Sozialdemokratie dem Kampf mit dem Zentrum und den ihnen geistesverwandten anderen bürgerlichen Parteien aus. Aus diesem Grunde beraten die kleinen Gefolgsmänner der Großen in Berlin die Sache der Schule. Burgfriede ist wieder einmal die Parole.

Die kommunistischen Eltern haben alle Veranlassung, diesen schönen Traum feiger Sozialisten und sich ins Fäustchen lachender Pfaffen zumische zu machen. Wir glauben, daß über die Breslauer Elternbeiratswahlen noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Trennig. Als die Frau des Elektromonteurs Renner auf kurze Zeit ihre im vierten Stock gelegene Wohnung verließ, kletterte das vierjährige Töchterchen aus dem Bett und öffnete das Fenster. Hierbei stürzte das Kind hinaus. Als die Mutter heimkehrte, fand sie es mit schweren Verletzungen auf dem Hof liegen. Nach zwei Stunden starb das Mädchen.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen Breslau. — Stadtteil 2 (Nord). Straßenzellen 2 und 3. Mittwoch 19,30 Uhr Versammlung, Schülterhölle, Bergmannstraße 12. — Stadtteil 3 (Nord). Probe für 1. Mai Mittwoch bei Schneider, Rosenstraße, Ecke Oststraße. — Stadtteil 3 (West). Mittwoch 19 Uhr Antreten Striegauer Platz. Donnerstag 19 Uhr Kombinierte Mitgliederbesammlung. RFB-Kameraden und Parteigenossen haben zu erscheinen. Kommunistischer Jugendverband Breslau. — Süd-West. Mittwoch 20 Uhr Öffentlicher Gruppenabend bei Kellmann, Neue Antonienstraße 2: „Wirtschaftsdemokratie oder Klassenkampf.“ Gäste willkommen. — Nord und Süd-West. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederbesammlung bei Mübiger, Trebnitzer Straße 88. Jung-Spartakus-Bund Breslau. — Gruppe Südwest und Zentrum. Mittwoch 17-19 Uhr bei Janke, Heimabend. — Donnerstag Generalprobe bei Janke. — Nord. Donnerstag 15-17 Uhr Heimabend „Stadt Ramlau“, Matthiasstraße. Görlitz. Donnerstag 16,30-19,30 Uhr im Jugendheim, Berrätergasse, Versammlung. Roter Frontkämpfer-Bund Breslau. — Abt. 3. Donnerstag 16,30 Uhr zum Begräbnis antreten. Anschließend Wahlversammlung, Schottky. Parteigenossen treten mit an. Altmasser. RFB. Donnerstag 19,30 Uhr im „Eiseren Kett“ Generalversammlung.

Verstärkung für den politischen Teil des Kampfes, für den Kampf um die „Wahlberechtigung“ im Reich und in den Ländern. Die Arbeiter sollten sich nicht scheuen, die Arbeiterparteien zu unterstützen, die sich für die Arbeiterinteressen einsetzen. Die Arbeiter sollten sich nicht scheuen, die Arbeiterparteien zu unterstützen, die sich für die Arbeiterinteressen einsetzen.



# Waldenburger Bergland

## Heraus zur Maidemonstration!

Da eine einheitliche Maidemonstration durch die Sozialdemokraten und Reformisten zerfallen wurde, ruft die kommunistische Partei, unter der Leitung Waldenburg, alle Werktätigen des Unteren Industriebezirks zu einer einheitlichen Demonstration in Waldenburg auf. Die einzelnen Orte sammeln sich wie folgt:

**Seitendorf.** Antreten: Gasthof „Zur Hoffnung“, Abmarsch: 9 Uhr.  
**Nieder-Salzbrenn.** Antreten: Seitendorfer Weg, Abmarsch: 9,15 Uhr.  
**Ober-Salzbrenn, Sandberg.** Antreten: „Hotel Sandberg“, Abmarsch: 9,30 Uhr.

**Altmaier.** Antreten: „Stadt Breslau“, Abmarsch: 10 Uhr.  
**Weißheim.** Antreten: Gemeindegasse, Abmarsch: 10 Uhr.  
**Nieder-Gründorf.** Antreten: „Friedenshoffnung“, Abmarsch: 10 Uhr.  
**Dittersbach.** Antreten: „Burg“, Abmarsch: 10 Uhr.  
**Waldenburg.** Sammelpunkt: Barbarastrasse.

Abmarsch zur Demonstration 11 Uhr.

**Redner:** Genosse Reichstagsabgeordneter Ottomar Gesecke - Berlin

**Keiner gehe am 1. Mai in den Betrieb! Melde die Kinder vom Schulunterricht ab! Kommt mit Frau und Kind zur Demonstration! rote Fahnen heraus!**

### Metallarbeiter, demonstrieren mit der kommunistischen Partei!

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Die letzte Mitgliederversammlung der Waldenburger Metallarbeiter nahm folgenden Verlauf: Der Klassenbericht wurde glatt erledigt. Danach hielt Kollege Daxler einen Vortrag über das Arbeitslosenversicherungsgesetz und Arbeitsvermittlungsgesetz. Er betonte, daß die seit 39 Jahren geforderte Unterstützung und Fürsorge für die Arbeitslosen nun endlich verwirklicht sei. In der Aussprache wurde von den Kollegen Urban und Wehler auf die Verfehlungen des Gesetzes hingewiesen. Von einer Fürsorge durch den Staat sei keine Rede, denn die Mittel werden durch Beiträge aufgebracht und damit noch ein ganzes Heer von Beamten ausgehalten. Unter „Verschiedenes“ forderte Daxler zur Arbeitsruhe und Beteiligung aller Kollegen an der Demonstration der SPD am 1. Mai auf. Wehler trat ihm scharf entgegen, indem er feststellte, daß der DAB, doch keine SPD-Filiale sei. Eine von ihm eingebrachte Entschließung, in der die zerstückelte Einstellung des DAB verurteilt wurde, und Arbeitsruhe sowie Teilnahme an der Demonstration unter der Forderung:

**Für Achtstundentag und angemessene Lohnerhöhung, gegen das Schlichtungsbüro, Klassenjustiz und Verbot des KZB.** gefordert wurde, wurde gegen eine parteiindereit abgelehnt, weil Daxler dies durch eine höchst merkwürdige Begründung verlangte. Ein SPD-Kollege brachte es fertig, zu erklären, daß die Versammlung keine Ursache habe, gegen das Verbot des KZB zu protestieren. Er mußte sich aber durch seinen Genossen Dretschneider eines andern belehren lassen, der erklärte, daß er für die Entschließung sei; nur gefiele ihm die Kritik über den Orts-

ausdruck nicht. Nach der Ablehnung der Entschließung muß es jetzt für jeden Kollegen heißen:

**Nun erst recht demonstrieren für die elementarsten Forderungen des Proletariats mit der kommunistischen Partei!**

### Werttätige heraus!

**Kommt in die öffentlichen Versammlungen der SPD.**

**Altmaier.** Mittwoch um 19 Uhr im „Weißen Hof“. Referent: Genosse Gausen, Bezirksleiter der SPD.

**Friedland.** Freitag um 19,30 Uhr im Hotel „Zum weißen Hof“. Referent: Genosse Gesecke - Berlin. Thema: „Warum wählt man Kommunisten?“

**Ober-Waldenburg.** Sonnabend um 19 Uhr im „Szepter“. Referent: Genosse Steffen - Breslau.

### Keiner fehle!

**Konradsthal.** Mieterversammlung. Am Sonntag fand die fällige Vierteljahrs-Mieterversammlung statt. Der Besuch war mäßig. Schuld daran ist die schmutzige Schreibweise des „Bergwacht“-Berichterstatters, der es vorzieht, statt einen Bericht von der Generalversammlung zu schreiben, eine gefäßige minderwertige Polemik gegen einige kritischförende Mietkollegen bringt. Unter Punkt 1 besprach der Vorsitzende Kahl die von den bürgerlichen Parteien im Reichs- und Landtag beschlossenen Verschlechterungen des Mieterschutzes und wies besonders auf das freie Kündigungsrecht der Hausbesitzer hin. Mietkollege Rothaar berichtete unter Punkt 2 von der Bezirks-Frühjahrskonferenz. Schuberth besuchte

unter Punkt „Verschiedenes“ die vereinschädigende Schreibweise der „Bergwacht“, was sich bestimmt auf die Mieterbewegung auswirken muß.

### Oberes Revier

**Großer Grabenbruch in Rothenbach.** Am Sonntag zwischen 17 und 18 Uhr fiel in Rothenbach auf der dritten Sohle der Gustav-Grube im Hauptverschlager gegen Süden beim Nachreißen der Strecke ein schwerer Bruch, und zwar an derselben Stelle, wo schon vor acht Jahren die Strecke einmal zu Bruch gegangen ist. Durch die auf dem abgebauten 14. Feld nachbrechenden Gesteinsmassen wurde die Strecke so angefüllt, daß die Belegschaft des Ostfeldes am Montag nicht einfahren konnte. Bergleute sind nicht zu Schaden gekommen. Durch die schon seit längerer Zeit begonnenen Abwehrmaßnahmen sucht die Grubenverwaltung die Wiederholung derartiger Unglücke zu verhindern.

### Landeshut

**Eine Erfindung.** Eine für die Textilindustrie, und zwar die Handweberei bedeutende und weittragende Erfindung ist kürzlich einer Anzahl von deutschen und schweizerischen Pressevertretern durch das Basler Industriewerk Kultruf vorgeführt worden. Die von dem Webmeister Arbold gemachte Erfindung brachte bei gleichbleibendem Strom und ohne höhere Unterhaltungskosten eine Verdoppelung der Produktionsleistung. Die Erfindung ist verhältnismäßig einfach. Sie besteht darin, daß durch eine Konstruktion zwei Webbänder übereinandergelegt werden, so daß zum Beispiel ein Webstuhl, der vier- und fünfzig Spulen bedient, die gleiche Arbeit leistet, wie ein solcher mit 108 Spulen. Die neue Einrichtung kann in jeden Webstuhl eingebaut werden. — Die Arbeiter werden von der Erfindung natürlich keinerlei Vorteil haben. Die Profitnießer werden nur die Kapitalisten sein.

## 2 Reichsbannerkameraden schreiben...

Wir veröffentlichen die Zuschrift von zwei Solenhainer Arbeitern, die erst vor kurzem das reformistische Lager verlassen haben und dem roten Frontkämpferbund beigetreten sind. Die Zuschrift zeigt, mit welcher schmutzigen Mitteln die Reformisten gegen die Klassenbewußten Arbeiter kämpfen. Arbeiter, am 20. Mai geht Antwort!

Schon im letzten Artikel in der „Jugendwacht“ (Nummer 81 vom April) konnte man feststellen, daß die SPD es fertigbringt, über unseren Austritt aus dem Reichsbanner und Beitritt zum KZB. Ungehörigkeiten uns zu verbreiten. Solange wir noch Mitglieder dieser Gesellschaft waren, waren wir die besten Kameraden. Als wir aber zur Einsicht kamen, daß wir als Arbeiter nicht in jene verfeuchte Gesellschaft gehören, deren Parole lautet: „Schutz der Republik, des Vaterlandes (nämlich der kapitalistischen Republik), und Kampf gegen links (das heißt die „Arbeiterklasse“), da sind wir Sumpe und anderes mehr. Wir nehmen die Berichterstatter der „Bergwacht“ nicht ernst, da wir wissen, daß sie einem Kamel gleichen, das an Drehwahn leidet und dessen Gehirn nicht mehr intakt ist. Deshalb wollen wir uns darauf beschränken, die Gründe unseres Austritts der gesamten Arbeiterschaft zu unterbreiten. Unser Austritt geschah, wie schon erwähnt, erstens: weil wir einsehen, daß wir in eine solche Gesellschaft von Unternehmern und Pfaffen, deren härteste Feinde die Proletarier sind, nicht gehören. Zweitens: weil in der Ortsgruppe selbst, wie im gesamten Bunde

eine solche Ordnung herrscht, an die wir uns eben nicht gewöhnen konnten. Es ist eine nette Ordnung, wenn der Gastwirt früh um 5 Uhr den Vorsitzenden der Ortsgruppe mit dem Dönsleimer aus dem Lokal prügeln muß, weil er sich ganz nach dem Muster eines Demokraten benahm. Es ist eine nette Ordnung, wenn die Organisation zu Weihnachten überall herumbeutelt, bei der angelübten Einbeziehung dann nur einen Teil der Sachen verteilt, das gesammelte Geld (150 Mark) aber zurückbehält und dafür die Paule ihrer Kapelle bezahlt. Das sind nur zwei Beispiele. Wir sind in der Lage, eine ganze Liste davon zu bringen. Es ist eine gemeine Lüge, wenn jemand behauptet, wir seien aus dem Reichsbanner geworfen worden. Wir waren seit April 1926 Mitglied des Reichsbanners und aktiv in der Kapelle, und sind jetzt aus den erwähnten Gründen ausgetreten. Zum Schluß wollen wir betonen, daß wir uns in unserer neuen Organisation nicht nur wohlfühlen, sondern längst gesehen haben, daß dies die Organisation ist, die den wirklichen und ehrlichen Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse führt. Auch wir werden unsere ganze Kraft in diesem Kampf mit aufbieten, damit die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf den Misthaufen der Weltgeschichte geworfen wird. Den ehrlichen Arbeitern im Reichsbanner und in der SPD. rufen wir zu: Folgt uns! Laßt die Verführer und Futtertruppenpolitiker mit ihrem Geist allein! Heraus aus dem Schwindel- und Betrugsbanner! Simein in die rote Klassenfront!

Alwin Vogt, Fritz Schmidt.

## Niederschlesien

### Görlitz

**Heraus aus den Betrieben am 1. Mai! Schließt Euch zur Demonstration der Klassenbewußten Arbeiterschaft an. Kommt zur Abendveranstaltung im Konzerthaus!!!**

### Warum schweigen die bürgerlichen Zeitungen?

Der 15jährige Sohn einer Witwe, auf der Heiligengraberstraße wohnhaft, für sein Alter sehr kräftig, wollte dieser Tage nachmittags am hiesigen Bahnhofshalter ein Billett lösen. Ein Mann in Lederhose folgte ihm und fragte, ob er „eine Spritzfahrt mitmachen“ wolle. Der junge Mann jagte zu. Der Mann mit der Lederhose bestellte ihn nun gegen Abend nach der Jakobstraße in der Nähe des Wilhelmplatzes zu einer bestimmten Zeit. Der Besteller, nichts ahnend, verständigte die Kriminalpolizei und war dann zur festgesetzten Zeit, von Beamten in Entfernung begleitet, an Ort und Stelle. Es gelang, den „seinen“ Herrn festzunehmen und in Gewahrsam zu fügen. Nur das bereitstehende Auto fuhr schnell davon, als dessen Lenker sah, was vor sich ging. Die wir feststellen konnten, soll es sich um den Sohn eines Tierarztes aus Gruna handeln. Obwohl die bürgerlichen Zeitungen hiervon Kenntnis erhielten, wurde diese Meldung von keiner gebracht. Hätte vielleicht der angeredete junge Mann aus Hunger eine Schnittbrot beim Fleischer ein Stückchen Brot genommen, oder ein anderer eine Druckschraube einem Tierarzt gegeben, der Anstoß an dem Inhalt derselben genommen hätte, das hätte die Öffentlichkeit sofort durch die Lokalpresse erfahren müssen. Doch wenn der Sohn des Tierarztes die Polizei bettet, nichts in die Öffentlichkeit zu bringen, so wird reichliche Toleranz geübt, da das vielleicht der Berufspreis des Herrn Vaters Abbruch tun könnte. Würde die Polizei gegenüber einem Proleten auch solche Toleranz üben? — In letzter Zeit sind verächtlich junge Leute verschwunden, ohne daß man ihren Aufenthalt festgestellt hat. Wann werden die Polizei und Staatsgewalt nicht richtig zugreifen?

### Sagan

**Flugzeug.** Der „Großflugzeug“ am Sonntag hatte einen großen Unfall, von Menschen auch aus den Nachbarorten, zum Beispiel Sprottau, Sagan usw. angelockt. Das Programm hat sich ohne Unfall abgewickelt.

**Tagelöhner.** Am Freitag eröffnete die hiesige Ortsgruppe mit einer öffentlichen Versammlung den Wahlkampf. Durch das flüchtige Vorgehen der Wahlkommission, die durch die Einleitungsarbeiten der Kommunisten gegenüber wahrscheinlich ihre Registrierfähigkeit im Kleinen beweisen und ihre Glaubwürdigkeit mit den bürgerlichen Elementen demonstrieren wollte, war die SPD gezwungen, ein bürgerliches Lokal zu mieten. Obwohl in Sagan noch keine „Wahlkommission“ vorhanden ist, zeigte doch der gutbesetzte Saal, daß der

Klassenbewußte Teil der Saganer Werktätigen ganz entschieden die arbeitereindliche Politik der SPD verurteilt. Genosse Eberlein-Berlin verstand es ausgezeichnet, die Rollenrollen der einzelnen Parteien anzudeuten, und der Beifall, den seine Ausführungen erzielten, bewies, daß er dankbare Zuhörer gefunden hatte. Von den eingeladenen Gegnern war nicht einer erschienen, der ihm nicht zustimmte, abgesehen von einem Dudamüner, der als Hordsposten von einer gewissen Seite geschickt wurde und sich die ganze Zeit über fast die Finger wund schrie. Genosse Barzinski gab zum Schluß noch das Schreiben bekannt, das die SPD an den Ortsausschuß zwecks gemeinsamer Manifeste gerichtet hatte, und forderte auf, die kommunistische Abendveranstaltung reiflos zu besuchen.

Der Kreisarzt Dr. Schulz, dem es immer vorbehalten bleibt, bei jeder Freientlassung ein Verbrechen zu vermuten, machte auch im Falle Hoffmann keine Ausnahme. Der die Frau Hoffmann behandelnde Arzt Dr. Reichmann hatte als Todesurache Blutvergiftung infolge einer Frühgeburt festgestellt. Dessenungeachtet ließ Dr. Schulz die Leiche beschlagnahmen! Offenbar wollte er ein „Verbrechen“ nach § 218 feststellen. In diesem Zweck wurden Hausbewohner verhört, darüber hinaus der Meister, bei dem Frau Hoffmann beschäftigt war, über ihre Eigenschaften befragt, und als Abschluß dieses Ständals der Mann in ein Kreuzverhör genommen. Als Dr. Schulz diese anstrengende Tätigkeit hinter sich hatte, stellte der gute Mann fest, daß durch die nicht mehr antwortende Gebarmere Sachholz Kindbettfieber eingeschleppt worden war. Bei der Mutter des Genossen Kottmann soll dieser verbrechenluchende Arzt dieselben Klagen ausgesprochen haben. Grundbesitzer hat es den Angehörigen, als ob der Herr bei jeder Gelegenheit freidenkerliche Menschen zum Verbrecher stampeln will. Wir werden uns mit diesen Herrn nun jezt ab etwas genauer unter die Lupe nehmen. — Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Genossen Hoffmann mit einer derjenigen war, die die Opposition in ihrem Kampf gegen den Reformismus innerhalb der Freientlassung trenn unterfügte. Sie war eine hübsche, aufrechte Frau, der wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden. Die Urnenbestattung findet am 26. April 16 Uhr statt. Wir fordern die Arbeiter auf, unserer Genossen die letzte Ehre durch zahlreichem Besuch

### Sprottau

**Brandstiftung.** In Radersdorf brannte die dem Landwirt Adolf Härtel gehörige Scheune und das Dachgeschoss seines Wohnhauses nieder. Der etwa 5000 Mark betragende Schaden ist durch Versicherung nur zum Teil gedeckt. Nach den polizeilichen Ermittlungen soll vorläufige Brandstiftung vorliegen.

### Magnau

**Reinigt der Demokraten.** Am Sonntagabend veranstalteten die Demokraten im „Deutschen Hause“ eine öffentliche Wählerversammlung, die gut besucht war. Als Referenten traten Frau Kattheuz-Siegis und der Landtagsabgeordnete Landrat Schmilian-Bismberg auf, welche nur Gutes über Preussens Regierungskollegen und über die „guten Regier“, die den deutschen Frauen durch die Reichsverfassung zuteil wurden, vorzutragen wußten. — In der Diskussion trat der Genosse P. Dentrup diesen Ausführungen energig entgegen. Zu über einhalbstündiger Rede widerlegte er die

Referate. Drei Viertel der Anwesenden waren mit seinen Ausführungen einverstanden. Reicher Beifall bekundete das. In der Versammlung wurden „KZB“ und Mariabzeichen umgelegt.

Die hiesige Polizei saubert nach einer Zetteltabellebetonne der roten Frontkämpfer. Vorladungen sind nichts Neues. Aber einen Uebelthäter haben sie nicht erwischen können. Stebe Herren Polizeioffiziere! Wäre es nicht besser, mehr Augenmerk auf den Stahlhelm zu richten, der in hiesiger Gegend Scharschützen veranfaßt?

### Aus dem Riesengebirge

**Tapfere Führer hat die Schmiedeberger Sozialdemokratische Partei am Ort.** Trotz der Einladung und der Zusicherung freier Diskussion wagten sie es nicht, die Politik ihrer Partei in der ersten öffentlichen kommunistischen Versammlung zu vertreten. Sie überließen es einem auswärtigen „Jugendgenossen“ in reiferen Jahren, einem ausgesprochenen Schwächer und politischen Ignoranten, den Versuch zu machen, die sozialdemokratische Koalitionspolitik zu verteidigen. Alle Arbeiter, die der Versammlung beizwohnten, waren Zeugen, wie dieser „Sozialist“ sich blamierte und durch seine Schnodrigkeit wiederholt stürmischen Widerspruch hervorrief. Im Schlußwort zerstückte der Referent Satz für Satz diese Ausführungen und die Versammlung endete mit einem moralischen Erfolg für die kommunistische Partei. Dem sozialdemokratischen Ableger der „Bergwacht“, der sogenannten „Volkzeitung für das Riesengebirge“, hat die Versammlung zunächst die Sprache genommen. Erst in der Freitagnummer stotterte der als Redakteur dauernd untaugliche Herr Auer einen Ansturz zusammen, der bei den Schmiedeberger Arbeitern große Heiterkeit hervorrief. Das sozialdemokratische Schreiberelein — bekannt dafür, daß er alles verwehrt — berichtet: „Rubert, an Stelle des abgegangenen Herrn Dombrowski referierte.“ Tatsache ist jedoch, daß Gen. Dombrowski an Stelle des Genossen Rubert das Referat gehalten hat. Nicht minder erheiternd wirkt die Mitteilung, daß ein Jugendgenosse unserer Partei nur seine Studien machen wollte, um festzustellen, wie weit die Bildung in kommunistischen Versammlungen eine Heimstätte hat.“ Zum Schluß warnt der halbwegsvolle sozialdemokratische Schreiber die sozialdemokratischen Arbeiter vor dem Besuch kommunistischer Versammlungen, weil sie dort persönlichen Gefahren und Beleidigungen ausgesetzt sein sollen. Herr Auer verwehrt also seine persönliche Freiheit mit der Haltung sozialdemokratischer Arbeiter. Rein, Herr Auer, so tapfer wie sie sind die sozialdemokratischen Arbeiter, die Schulter an Schulter mit den kommunistischen Arbeitern im Betrieb stehen und mit ihnen täglich über politische Fragen diskutieren, nicht. Wir sichern Ihnen aber für den Fall, daß Sie sich doch einmal ermannen sollten, unbeschränkte Redezeit und persönlichen Schutz zu, um Ihnen in einer kommunistischen Versammlung Gelegenheit zu geben, zu beweisen, daß Ihre „Wirtschaftskenntnisse“ denen des kommunistischen Redners überlegen sind. Oder getrennen Sie es sich nicht einmal, es mit einem „Vernunftfänger im Reder“ aufzunehmen?

## Sammelt für Wahlfond!